

Inserate
werden angenommen
in den Böden bei der Expedition
der Zeitung, Wilhelmstr. 17,
S. 1. Ad. Schlegel, Hoflieferant,
Gr. Gerberstr. u. Breitenstr. Ecke,
Otto Kiehl, in Firma
J. Neumann, Wilhelmplatz 8.

Verantwortliche Redakteure:
für den innerpolitischen Theil:
F. Hachfeld,
für den übrigen redakt. Theil:
E. R. Liebscher, beide in Posen.

Mittag-Ausgabe.

Posener Zeitung

Hundertunderster Jahrgang.

Inserate
werden angenommen
in den Städten der Provinz
Posen bei unseren
Agenturen, ferner bei den
Annoncen-Expeditionen
H. Mosse, Haasenstein & Vogler A.-G.,
G. J. Haube & Co., Invalidendank.

Verantwortlich für den
Inseratenthell:
W. Braun
in Posen.
Fernsprecher: Nr. 102.

Nr. 196

Montag, 19. März.

1894

Politische Uebersicht.

Als Abg. Rieckert in der ersten Berathung des Handelsvertrags mit Rußland die Funken an die Zeit erinnerte, wo das Gebot: „Vor Röderige und Lüderige, vor Krachten und vor Iphenplize behüt' uns lieber Herregott!“ zeitgemäß war, erließ der Aelteste derer v. Kracht ein offenes Schreiben an den Abgeordneten, in dem folgende schöne Ausführung zu lesen war:

„Sie scheinen, geehrter Herr, in der Geschichte nicht gerade eines imponanten Wissens sich zu erfreuen, sonst würde Ihnen bekannt sein, daß an die Sitten und Gebräuche der Menschheit vor 400 Jahren nicht der heutige Maßstab anzulegen ist, Gesetz, Recht und Kultur gab es eben damals nicht. Wer die Macht hatte, hatte das Recht und die einzige Rechtsinstanz lag im Schwert und in der Faust dessen, der mit Muth und Entschlossenheit und körperlicher Kraft und Stärke es zu führen verstand. Was heute als Unrecht kirchlich, galt damals für vollkommen recht und wurde von Fürsten und Herren, ja selbst von geistlichen Herren ohne Bedenken ausgeführt.“

In der That, das Stegreisreiten, d. h. die Brandschätzung und Plünderung von Kaufleuten u. s. w. wird heute seitens der Junker nicht mehr mit dem Schwert in der Hand ausgeführt. Aber das ist, wie uns wenigstens scheint, der einzige Unterschied. Oder wie sollen wir z. B. den dreifachen Erpressungsversuch bezeichnen, den der Bund der Landwirthe unlängst gegen die Hagelversicherungsanstalten in Szene gesetzt hat? Der Bund verlangte nicht weniger, als 10 Prozent der Bruttoprämien, von denen die Hälfte in seine Kasse, die andere Hälfte den versicherten Mitgliedern zu Gute kommen sollte, und drohte andernfalls mit Verstaatlichung der Versicherung oder mit Errichtung einer eigenen Hagelversicherungsanstalt. In der Zuschrift des Direktor Suchsland befand sich auch folgender Satz: „Eine Versicherungsgeellschaft, gegen deren Solidität kein Zweifel bestehen kann, hat sich zu bedeutend größeren Zugeständnissen aus eigenem Antriebe bereit erklärt.“ Welche Gesellschaft das gethan, ist bis heute noch das Geheimniß des Dr. Suchsland. Die Hagelversicherungsgeellschaften haben diesen „Stegreistritt“ des Bundes der Landwirthe in der Hauptsache zurückgeschlagen. Die fünf Aktiengesellschaften Berliner Hagelassuranzgeellschaft von 1832, „Union“ in Weimar, Königlich, Magdeburgische und Vaterländische in Elberfeld lehnten die Vorschläge des Bundes ohne Weiteres ab. Die fünf Gegenseitigkeitsgeellschaften (Norddeutsche, Borussia, Schwedter, Leipziger und Preussische) erklärten sich bereit, die Rechnungs-Abschlüsse, Instruktionen für Agenten u. s. w. mitzutheilen und die gütliche Theilnahme von Vertretern des Bundes an den Generalversammlungen und möglichst Bundesmitglieder bei den Regulirungen zuzuziehen. Damit ist natürlich der Bund nicht zufrieden. Er hat durch das Bundesorgan seine sämtlichen Mitglieder aufgefordert, ihm von etwaigen Beschwerden, namentlich bezüglich der Regulirung der Hagelschäden möglichst umfassende Mittheilungen „zur weiteren Behandlung“ einzufenden. Nachdem also die Ueberumpelung des Pläzes mißlungen ist, soll eine regelrechte Belagerung vorbereitet werden. Vorläufig haben sich die fünf Aktiengesellschaften auf der einen Seite und die fünf oben genannten Gegenseitigkeitsgeellschaften, denen sich noch die Hannover, Braunschweigische, die Mecklenburgische und die Greifswalder angeschlossen haben, je zu einem Schutzverbande zusammengethan, um sich gegen die Zumuthung des Bundes der Landwirthe zu verteidigen, zehn Prozent der Bruttoprämie auf Kosten der dem Bunde nicht angehörenden übrigen Versicherten herauszuzahlen und dadurch die politischen Parteibestrebungen des Bundes zu unterstützen. Es wäre interessant, zu erfahren, wie Herr Arthur Heinrich v. Kracht über diesen Rückfall des Bundes der Landwirthe in die Sitten und Gebräuche der Menschheit vor 400 Jahren denkt?

In England ist der Sturm gegen das Oberhaus einmal entsefelt; der alte große Mann hat den Kampf gegen die Lords proklamirt und gewissermaßen als seinen letzten Willen verkündet damals, als er aus dem Amte schied. Der Kampf gegen das Oberhaus steht bekanntlich in ursächlichem Zusammenhange mit dem Kampfe für Homerule. Das hat auch Lord Rosebery anerkannt. Er hielt am Sonnabend in Edinburgh eine Rede, in welcher er die Ansicht aussprach, die Opposition gegen Homerule werde bei den nächsten Wahlen bedeutend gestärkt werden. Das Oberhaus bilde gegenwärtig eine große Gefahr für das Land. Die Regierung rechne auf die Unterstützung des Volkes, dann werde sie vorgehen.

Aber nicht nur für Irland, auch für Schottland wird Homerule verlangt. Die schottische „Homerule-Gesellschaft“ hat soeben den folgenden Beschluß gefaßt:

„Die schottische Homerule-Gesellschaft ist höchlich darüber verwundert, daß in der Thronrede der Königin der wichtigen Frage der Homerule für Schottland keine Erwähnung geschieht. Sie ist der Ansicht, daß Homerule für alle Theile des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Irland nicht nur die einzige verfassungsmäßige Ordnung der Frage, sondern eine Vorbedingung der Reichsföderation ist, die der gegenwärtige Premierminister so viele Jahre gepredigt hat.“

Außer um die Erfüllung des Homerule-Versprechens wird die gegenwärtige Regierung auch um die Ausführung des zweiten Haupttheils des Programms von New-Castle heftig angegangen: die Ausführung des sozialen Theiles wird gefordert. Am Sonntag Nachmittag fand im Hyde Park eine Kundgebung verschiedener Arbeiter-Organisationen gegen das Oberhaus statt, welche jedoch in vollkommener Ruhe verliefen. Die Arbeitervereinigungen versammelten sich in dem Victoria Embankment und begaben sich von dort in geschlossenem Zuge nach dem Hyde Park. Mehrere Mitglieder des Parlaments wohnten der Kundgebung bei. Die Hauptrede hielt Burns, welcher die Nothwendigkeit betonte, den Gesetzesentwurf wieder einzubringen, durch welchen die verschiedenen Fälle von Verantwortlichkeit der Arbeitgeber gegen die Arbeiter festgestellt werden sollen. Ferner befürwortete der Redner die Abschaffung des Oberhauses, indem er auf die Konflikte anspielte, welche zwischen den beiden Kammern in Frankreich und zwischen dem Senat und dem Repräsentantenhaus in den Vereinigten Staaten bestanden. Schließlich wurde eine Resolution angenommen, in welcher dem Oberhause vorgeworfen wird, die Entscheidung der Majorität des Unterhauses hinsichtlich der Bill betreffend die Haftpflicht der Arbeitgeber umgestoßen zu haben; gleichzeitig wird die Wiedereinbringung einer Bill auf Abschaffung des Oberhauses verlangt.

Deutschland.

△ Berlin, 18. März. [„Krisen.“] Die Zeichendeuter, Geberdenpähler und Geschichtenträger hören nicht auf, eine Kanzlerkrise an die Wand zu malen. Bald soll Herr Mikael den Kanzlerstuhl in Besitz nehmen wollen, bald wird Graf Caprivi als ein Mann hingestellt, dem der schönste und größte seiner Erfolge gerade als der rechte Anlaß erscheint, von der Bühne abzutreten. Wie ein zweiter Faust wird er dargestellt, der am Abend eines thatenreichen Lebens nichts sehnlicher herbeiwünscht, als daß die Götter ihm das Grab bereiten. Wer an diesen Geschichten sein Gefallen hat, dem wird man vergeblich vorstellen, daß die allerbesten Erkundigungen und die gewissenhafteste Prüfung des Werthes dieser Erkundigungen nichts ergeben, was den Gerüchten einen Inhalt verschaffe. Eine weit verbreitete Stimmung ist da, etwa von der unsäglichsten Sorte der Behauptung, daß „irgendwas doch daran sein müsse“, nämlich weil man sonst nicht darüber reden würde. Nun ist aber wirklich „nichts daran“. Die Kanzlermacher und Ministerstürzer scheinen sich nicht klar zu machen, was das Ausland von uns denken mußte, wenn der Reichskanzler auf der Höhe seiner Erfolge plötzlich stürzte. Mit einem Reichskanzler wechselt man nicht wie mit einem Ressortchef, und selbst wenn Gründe für Fraktionen und ernsthafte innere Krisen vorhanden wären, müßte schon die Rücksicht auf die Stabilität der auswärtigen Politik, die Rücksicht auf die Erhaltung des Vertrauens Europas davon abhalten, solche Krisen und Fraktionen zum Neukerker zu treiben. Es sind das Erwägungen, die gegenwärtig etwas unsagbar Akademisches haben, weil nicht der Schatten eines Grundes da ist, weshalb Graf Caprivi gehen sollte, müßte. Diejenigen Politiker, die ohne Voreingenommenheit gegen den Reichskanzler die fortgesetzten Gerüchte über Personalveränderungen ernst nehmen, sind zum Theil das Opfer eines agrarischen Intriguenzuges. Zum Theil allerdings gehen sie von einer Betrachtung aus, die sich immerhin hören lassen kann; sie sagen, daß es die Pflicht des Grafen Caprivi wäre, energischer durchzugreifen und durch die Stellung der Vertrauensfrage eine entscheidende Wahl zwischen ihm und jenen ehrgeizigen Männern herbeizuführen, die immer noch den Schein hervorrufen können, als hätten sie eine größere Zukunft vor sich. In der That könnte das bloße Bewußtsein, sicher zu stehen, allenfalls dem Reichskanzler persönlich genügen, nicht aber ist damit allen denen gedient, die kein unmittelbares Interesse an abermaligen Erschütterungen unserer inneren Zustände haben.

— Der Kaiser hat dem Kriegsminister Bronsart von Schellendorf den Schwarzen Adlerorden verliehen und dem Minister die Auszeichnung persönlich überreicht. Wie man annimmt, ist die Verleihung dieses Ordens an General v. Bronsart für die erfolgreiche Vertretung des Militäretats im Reichstage durch ihn erfolgt.

— Beim kaiserlich russischen Botschafter am Berliner Hofe, Grafen Schuwalow, fand, wie schon gemeldet worden, am Sonnabend ein größeres Mahl statt, an dem auch der Kaiser

theilnahm. Die Tafel war im Kokoßsaal des Botschaftspalats hergerichtet, zählte 37 Gedecke und war mit dem kostbaren Silbergeschirr der gräflichen Familie geschmückt, von dessen einzelnen Stücken die große, mit seltenem Blumenschmuck gefüllte silberne Kokoßschale die Mitte der Tafel vor dem Plaze des Kaisers einnahm. Außer den übrigen herrlichen Tafelaufsätzen schmückten noch zahlreiche Blumen und blühende Topfgewächse nicht allein die Festtafel, sondern auch den Kokoßsaal und die an diesen stehenden Gemächer. Kurz vor 7 Uhr waren die Herren der russischen Botschaft in den Räumen des Speisesaales versammelt. Die eintreffenden Gäste wurden vom Botschafter und dessen Umgebung begrüßt und es zählten zu diesen u. A.: Prinz zu Sachsen-Altenburg, Prinz Friedrich von Hohenzollern, Fürst Pleß, Reichskanzler Graf Caprivi, Oberhof- und Hausmarschall Graf zu Eulenburg, Botschafter General v. Werder, Staatssekretär Febr. v. Marschall, der Gesandte Dr. Febr. v. Thielmann u. s. w. Kurz nach 7 Uhr traf der Kaiser im russischen Botschaftspalast ein, wurde im Flur vom Botschafter Grafen Schuwalow empfangen und sodann von dessen Gemahlin ehrsüchtig begrüßt. Der Kaiser führte die Gräfin zur Tafel, welche zu seiner Rechten Platz nahm, während der Botschafter dem Kaiser gegenüber sich niederließ. Die Tafelmusik lieferte das Musikcorps des Kaiser Alexander Garde-Grenadier-Regiments. Nach dem Mahle verblieb der Kaiser noch längere Zeit in der Botschaft und zog verschiedene der anwesenden Herren ins Gespräch.

W. B. Bremen, 17. März. Bei Beginn der heutigen Börse hielt der Präsident der hiesigen Handelskammer, Louis Ed. Meyer, eine Ansprache, in welcher er die Bedeutung des deutsch-russischen Handelsvertrages für den Handel, die Schifffahrt und die Industrie Deutschlands hervorhob und die Absendung einer Depeche an den Reichskanzler Grafen v. Caprivi vorschlug, in der die Kaufmannschaft Bremens ihren aufrichtigsten Glückwunsch zu der Annahme des Handelsvertrages ausdrückt. Der Vorschlag fand allseitiges Einverständnis. Zum Schluß seiner Ansprache brachte der Präsident der Handelskammer ein Hoch auf den Kaiser aus, in welches die Versammlung begeistert einstimmte. — Das bald darauf eintreffende Antwortschreiben des Reichskanzlers lautet: „Die freundliche Gefinnung und die Wünsche, welchen Em. Hochwohlgeboren Namens der dortigen Kaufmannschaft in dem heutigen Telegramm Ausdruck gegeben haben, verpflichten mich zu lebhaftem und aufrichtigem Danke. Ich bin sicher, daß alles, was zum Wohle des Reiches geschieht, stets auf Bremens Bestand rechnen kann. gez. v. Caprivi.“

W. B. Dresden, 17. März. In dem Anzeigetheil des „Dresd. Journ.“ veröffentlicht die nicht-sozialdemokratischen Mitglieder der beiden Ständekammern mit wenigen Ausnahmen eine unterschrieben vollzogene Erklärung, in welcher das Zusammengehen der „staatsverhaltenden Parteien“ auch außerhalb des Landtages auf das Dringendste befürwortet wird und in welcher die Unterzeichner ihren Willen kundgeben, für ein gemeinsames Vorgehen gegenüber der Sozialdemokratie insbesondere bei öffentlichen Wahlen mit Entschiedenheit wirken zu wollen. — Das „Dresd. Journ.“ theilt ferner mit, daß aus den „Ordnungsparteiern“ der zweiten Ständekammer heraus sich ein Seniorenkönvent gebildet hat, dessen Aufgabe es ist, nicht nur während der Tagung des Landtages, sondern auch in der Zeit zwischen den Tagungen das Zusammengehen der „staatsverhaltenden Parteien“ möglichst zu fördern, Zwistigkeiten zwischen denselben möglichst auszugleichen und hierdurch ein geschlossenes Vorgehen gegen die sozialdemokratische Partei zu ermöglichen. In den Seniorenkönvent sind gewählt worden: von der Konservativen Partei 4 und von der nationalliberalen, sowie von der Fortschrittspartei je 2 Mitglieder.

W. B. Stuttgart, 17. März. Die Kammer der Abgeordneten genehmigte in ihrer heutigen Sitzung einstimmig das Gesetz über die Entlastbarkeit der Körperschaftsbeamten und wählte eine Kommission von 15 Mitgliedern zur Berathung der Verfassungsrevision. Gröber beantragte, dieser Kommission die Verfassung solange zu unterlegen, bis im Plenum der Kammer die Generaldebatte über die Verfassungsrevision stattgefunden habe. Auf den Einwurf des Ministerpräsidenten v. Mittnacht, daß der Antrag verfassungswidrig sei und die Regierung unter allen Umständen eine der Debatte im Plenum vorhergehende Kommissionsberathung verlangen müsse, antwortete Gröber, diese Haltung setze ihm die Schwachheit der Regierung, die zur Erreichung ihres Zweckes kleinliche Mittel benutze. Gröber zog hierauf seinen Antrag zurück. Sodann wurde der Antrag Haumann, die Regierung zu ersuchen, in diesem Falle von dem Verlangen nach vorübergehender Kommissionsberathung abzusehen, abgelehnt. Es folgte die Verathung des Reichsfinanzberichts des ständischen Ausschusses für die Verhandlungsdauer der Kammer. Haumann fragte, ob das Dekret des Königs vom 1. Dezember, betreffend das Avancement und die Kommandirung eines Offiziers zum kaiserlichen Militärkabinett, mit der Verfassung im Einklang stünde. Der Präsident der Kammer versprach eine Erwägung des Ausschusses hierüber zu veranlassen. Hierauf wurde das königliche Verordnungsverfügung verlesen. — Die Ständekammern genehmigten einstimmig die Nothstandsverlage.

W. B. Stuttgart, 17. März. Die Kammer der Abgeordneten nahm das Gesetz über die Pensionirung von Gemeindebeamten mit 50 gegen 35 Stimmen an. Hierauf verlegte sich die Kammer bis Anfang Mai. — In der Kammer der Ständekammern theilte der Finanzminister Dr. v. Sieck mit, wenn zur Deckung des Mehrbedarfs des Reiches im Betrage von 100 Millionen nur die Reichsstempelsteuer herangezogen würde, müßte Württemberg die direkten Steuern um ein Drittel erhöhen.

Aus dem Gerichtssaal.

W. B. Elber, 17. März. In dem Prozesse wegen Landfriedensbruches und Aufbruchs gelegentlich einer von dem Abg. v. Puttkamer-Plauth am 12.

Juni 1893 in der Kolonie Bangritz abgehaltenen Wahlversammlung verurtheilte das Schwurgericht Johann Werner, welcher Herrn v. Puttkamer geschlagen hatte, zu vier Jahren Zuchthaus. Der Angeklagte Dombrowski wurde zu zwei Jahren neun Monaten, Kroschinski zu zwei Jahren, Streichert zu zwei Jahren sechs Monaten, die übrigen Angeklagten zu Gefängnisstrafen von sechs bis neun Monaten verurtheilt.

* **Berlin, 17. März.** In der heutigen Sitzung des Prozesses Plad-Schweinhagen hielt der Angeklagte Plad seine Verteidigungsrede. Er sei Preuze, seine Vorfahren hätten seit dreihundert Jahren in Brandenburg gelebt und er sei mit der Anschauung groß geworden, welche ja gewissermaßen auch durch die Verfassung gewährleistet sei, daß jeder Preuze das Recht habe, seine Meinung frei und offen durch Wort und Schrift zu äußern. Die Broschüre sei nur eine Folge der Abwardtschen Angelegenheit im Reichstage. Abwardt habe ihn in die Kommission hineingezogen, ohne daß er, der Angeklagte, es gewollt habe. Es sei aber nicht zutreffend, daß er das Material, welches er dem Inlande seiner Broschüre zu Grunde gelegt habe, aus den sogenannten Abwardtschen Akten geschöpft habe, der Name des Boten Metkner, sowie dessen That sei ihm nie zu Ohren gekommen. Der Disconto-Gesellschaft widmet der Angeklagte längere Ausführungen, die darin gipfeln, daß er die in der Broschüre aufgestellten Behauptungen dem Sinne nach aufrecht erhält. Er behauptet immer wieder, daß Dr. Miquel in der That spekulirt habe in dem Sinne, daß er als Geschäftsinhaber der Disconto-Gesellschaft an den Gründungen der letzteren Theil genommen und daraus seine Einkünfte bezogen habe. Er habe nicht so grobe Unwahrheiten behauptet, wie die Staatsanwälte behauptet haben. Er habe auch nicht den jetzigen Finanzminister Miquel angegriffen und beleuchtet, sondern den damaligen Geschäftsinhaber der Disconto-Gesellschaft. Schon Joachim Geßlen, der jetzt in London wohne und Korrespondent der freikonservativen „Post“ sei, habe genau so wie er selbst die volle Ueberzeugung gehabt, daß die Disconto-Gesellschaft Wucherzinsen für ihre Vorschüsse genommen habe. Mit großem Nachdruck bleibt der Angeklagte bei der Behauptung, daß der Zeuge Miquel in dem Prozesse Geßlen einen falschen Eid geleistet habe. Er habe die feste Ueberzeugung, daß er dies auch beweisen habe: Der Bücherrevisor hat gesagt, es liege kein Buch vor — der Bücherrevisor sollte sich sein Vergeßnis wieder geben lassen! Der Bucher ist für mich so klar, wie eine Sonne am Himmel steht. Das Verfahren gegen Geßlen war auch so ein Beweis für den alten Satz: „Wacht geht vor Recht!“ Geßlen war ein Ehrenmann, der auch den Muth hatte, gegen den Börsenschwindel vorzugehen. Man hat seine Druckeret ruinirt und ihn gezwungen, ins Ausland zu fliehen, während man hier seinen Stellvertreter drangsalirte, weil Miquel glaubte, daß gewisse Artikel von einem seiner Beamten herrühren und man den Mann nun zwingen wollte, den Verfasser zu nennen. Wenn ich aber beispielsweise mein Wort als Ehrenmann gebe, dann sterbe ich lieber. Ich habe auch einmal ein derartiges sechsmonatiges Zwangsverfahren durchgemacht; das steht aber natürlich nicht in den Akten, die so vieles gegen mich gesammelt haben. Aber das Tage ich dem Herrn Staatsanwalt: Ich werde gegen die Börsen kämpfen, so lange ich lebe, bis der Schwindel endlich aufhört wird!! Was ich weiß, das weiß ich, das lasse ich mir nicht nehmen! Ich werde es haarscharf beweisen: Das kann ich Ihnen sagen: Ich habe mir vorgenommen, dem Kaiser selbst die Sachen zu unterbreiten, und wenn ich vier Wochen hinter dem Kaiser herreiten sollte — und ich reite gut — und wenn ich den Adjutanten in den Roth retten sollte. Ich kann das absolut nicht länger mit ansehen, das ist undenkbar. Wenn Geßlen meine Akten und meine Briefe besessen hätte, hätte ich kein preussischer Gerichtshof verurtheilen können und wenn mir die Broschüre zehn Jahre Zuchthaus eingebracht hätte — ich hätte sie doch geschrieben, denn ich kann den Börsenschwindel nicht mehr dulden und mußte Abwardt zu Hilfe eilen. Der Reichstag ist in dessen Angelegenheit vollständig unfähig gewesen. Wenn Abwardt auch manchmal über das Ziel hinausschießen sollte, für mich ist er ein Ehrenmann, der auch zehn Jahre lang in Zuchthäusern gewesen ist. Die von den Zeugen Weber und Dr. Koll aufgestellte Berechnung, um die Kurse vorher zu bestimmen, hält der Angeklagte keineswegs für trügerisch. Er sei felsenfest davon überzeugt, daß zwischen verschiedenen Börsengruppen ein geheimes Einverständnis bestünde, wodurch der Kurs der Papiere beeinflusst werde. Er selbst sei auch im Stande, den Kurs vorher zu berechnen, er habe dies an der Berliner, Hamburger, Frankfurter und Pariser Börse versucht und jedesmal Erfolg gehabt. Aber mit kleinen Summen lasse sich dabei nichts erwerben, nur die großen Gruppen könnten und müßten gewinnen, während der kleine Mann verlieren müsse. — Der Angeklagte macht sodann Ausführungen, wonach er in Wahrheit berechnete Interessen gehandelt habe. Es müsse außerdem für ihn sprechen, daß er alle Broschüren, die er verfaßt habe, auch mit seinem vollen Namen veröffentlicht habe. Was nun das gegen ihn beantragte Strafmaß betreffe, so bitte er den Gerichtshof, doch zu berücksichtigen, daß Geßlen damals wegen Verleumdungen durch zwanzig Zeitungsartikel und von zwölf Personen nur zu drei Monaten Gefängnis verurtheilt worden sei. Der Angeklagte schloß seine dreistündige Verteidigungsrede mit der Bemerkung, daß er den Vorwurf der Feigheit, der ihm gestern vom Staatsanwalt gemacht worden sei, nicht verleihe. Wenn er sich vergangen habe, wolle er die Folgen auch tragen. — Der Angekl. Dombrowski beschränkt sich darauf, auszuführen, daß er unbegrenztes Vertrauen in Plad gesetzt und von dem Inhalt der Broschüre keine Kenntniß gehabt habe. — Alsdann nimmt der Angeklagte Schweinhagen das Wort. Er behandelte zunächst das Thema von den Braunschweigischen Eisenbahnen. Er müsse allerdings die Behauptung, daß Dr. Miquel bei dem Vertrage mitgewirkt habe, insofern zurücknehmen, als derselbe nur bei der Angelegenheit mit thatig gewesen war, nachdem der Vertrag bereits geschlossen war. Diesen Irrthum habe der Finanzminister aber selbst durch seine trübsinnige Bemerkung im Reichstage hervorgerufen. Er bedauere allerdings, daß er die Sache in die Öffentlichkeit gebracht habe, müsse aber behaupten, daß von den etwa tausend Personen, welche in der antilemischen Versammlung anwesend gewesen seien, nicht ein einziger seine Ausführungen verstanden habe. Er bitte, in diesem Falle nicht die Schwere des § 186 des Str.-G.-B. zur Anwendung zu bringen. Der Angeklagte verwahrt sich sodann gegen die Behauptung des Staatsanwalts, daß er sich von Geldinteressen habe leiten lassen. Keine der Versammlungen habe ihm ein Honorar eingetragen. Der Staatsanwalt habe über sein Vorleben Angaben gemacht, die trübsinnig seien. Er werde angeklagt, über andere Personen ehrverletzende Äußerungen gethan zu haben und er müsse es als einen Widerspruch bezeichnen, wenn von amtlicher Seite über seine Person ebenfalls beleidigende, nicht erweislich wahre Thatfachen vorgebracht würden. Die Behauptung, daß die „Kreuzzeitung“ ihn hinausgeworfen habe, sei falsch. Er habe fünf Jahre lang für die „Kreuzzeitung“ gearbeitet und dem Chefredakteur Freiherrn v. Hammerstein über seine Vergangenheit keinen Wein ein-

geschenkt. Nach etwa vierjähriger Thätigkeit habe er dem Herrn v. Hammerstein mitgetheilt, daß er sich gedrungen fühle, als Antilemit in die Öffentlichkeit zu treten. Es sei vorauszusetzen, daß namentlich die Judenblätter dann über ihn herfallen würden, und vorausgesetzt werde auch die „Kreuzzeitung“ angegriffen werden. Er müsse deshalb dem Chefredakteur anheimstellen, die zwischen ihnen bestehenden Beziehungen zu lösen. Herr v. H. habe ihm erklärt, daß er nicht so engberzig sei, er, der Angeklagte, möge ruhig weiter für die „Kreuzzeitung“ arbeiten. Nach etwa Jahresfrist habe er dann seine Beziehungen zu der „Kreuzzeitung“ aufgegeben und zwar leblich, weil sich seine politische Thätigkeit außerhalb Deutschlands, namentlich in Rumänien, nicht mit einer Thätigkeit in der „Kreuzzeitung“ vereinbaren ließ. Ebenso unwahr sei die Behauptung, daß ihm seitens der „Staatsbürger-Zeitung“ der Stuhl vor die Thür gesetzt worden sei. Im Dienste dieser Zeitung habe er nie gestanden; sein Streitfall mit der „Staatsbürger-Zeitung“ bestehe einfach darin, daß ihn diese Zeitung beschimpft habe. Hier und da mag er wohl einen Artikel für die letztere geschrieben haben. Sein Verhältnis zur Sozialdemokratie sei allerdings ein dunkler Punkt in seinem Leben. Er sei nie Sozialdemokrat gewesen, sondern war, als er von der Universität gekommen, als noch nicht 21-jähriger junger Mann, von einem kleinen Kreise freireligiöser Gemeinden angeestellt worden und habe Vorträge gehalten und die Kinder unterrichtet. In dieser Thätigkeit sei er mit Arbeiterkreisen in Berührung gekommen und habe in diesen Kreisen vereinzelte Vorträge gehalten. Aber daß er zur sozialdemokratischen Partei gehört habe, sei nicht wahr. Dann sei die Zeit des letzten Vertriebs für Ableistung seiner militärischen Dienstpflicht gekommen und er sah, daß er durch die Verührungen mit den Sozialdemokraten nicht mehr im Stande sei, mit Ehren im Heere zu dienen. Er sei damals, da er nicht mehr ein Jahr dienen konnte und um nicht drei Jahre dienen zu müssen, über die Grenze gegangen. Nachher habe er allerdings bei seinen Bemühungen, diese Sache wieder zu beilegen, einige Arbeiten über allgemeine Vorgänge in der sozialdemokratischen Partei geliefert und dabei das Versprechen abgegeben, zu dieser Partei nicht halten zu wollen. Die Arbeiten seien rein theoretischer Art gewesen und betrafen Dinge, die allerdings auch prozeduraler Natur gewesen, aber sich doch nur auf die Befriedigungen bezogen, die Sozialdemokratie in die Sphäre der Gebetsbündel hinüberzuleiten. Da habe er sich allerdings einige Zeit lang in einer etwas zweifelhaften Lage befunden, bis er sich dann selbst wiedergefunden habe. Ob dies gerade ebrlos sei, möchte er doch bezweifeln. Der Angeklagte hält dann einen längeren sozialpolitischen, antilemischen Vortrag, in welchem er hervorhebt, daß er schon als Student sich für den sozialistischen Standpunkt des Professors Adolf Wagner begeistert habe, daß er der Meinung sei, daß die neuere Gesetzgebung eine Abirrung von den alten Rechtsordnungen darstelle, und daß überall sich das Streben zeige, das Nothwendigste zum Führer in Deutschland zu machen. Er wisse, daß er gelebt habe und er bedauere die Verleumdungen, für welche er ja bestraft werden müsse. Aber nach der Analogie der als Spione angeklagten französischen Offiziere, die zu der weniger entehrenden Festungshaft verurtheilt worden seien unter Anrechnung der Untersuchungshaft, hoffe auch er, daß man ihm gegenüber Milde walten lassen würde. — Die Verurtheilung des Gerichtshofes dauert ca. 1 1/2 Stunden. Der Gerichtshof verurtheilt, wie telegraphisch gemeldet, den Angeklagten Plad zu ein Jahr neun Monaten Gefängnis unter Anrechnung von sechs Monaten auf die Untersuchungshaft, den Angeklagten Dombrowski zu drei Monaten Gefängnis, den Angeklagten Schweinhagen zu einem Jahr Gefängnis unter Anrechnung von sechs Monaten Untersuchungshaft. Dem Finanzminister Dr. Miquel und dem Reichskanzler Grafen Caprivi wird die Publikationsbefugniß für den „Reichsanzeiger“ zugesprochen. — Der Gerichtshof nahm an, daß die Behauptungen der Angeklagten Plad und Schweinhagen über Dr. Miquel nicht nur nicht erwiesen, sondern geradezu unwahr seien: daß Dr. Miquel während seiner Thätigkeit bei der Disconto-Gesellschaft nirgendwo unehrlichen Gewinn gesucht oder gefunden und daß derselbe Spekulationsgeschäfte nicht gemacht habe. Der Vorwurf des Meineides gegen Dr. Miquel sei gänzlich ohne Halt; es sei erwiesen, daß sich die eblliche Aussage des Dr. Miquel vollständig mit den Thatfachen decken. In allen von Plad in der Broschüre gegen Herrn Dr. Miquel aufgestellten Behauptungen sei die direkte Unwahrheit nachgewiesen worden. Der Schutz des § 193 stiehe dem Angeklagten in keiner Weise zur Seite. Der Gerichtshof glaubte nicht, daß der Angeklagte irgendwo eigene oder fremde berechnete Interessen vertreten habe, abgesehen davon, daß die angewandten direkten Schimpfworte die Absicht der Verleumdung darthun. Die von Schweinhagen gegen den Finanzminister erhobenen Angriffe hätten sich ebenfalls sämtlich als unberechtigt erwiesen. Alle über den Finanzminister aufgestellten Behauptungen seien unwahr. Er habe in betreff der braunschweigischen Eisenbahnen zu einer gewöhnlichen Lüge gegriffen. Es sei zweifellos, daß die Unwahrheiten ehrverletzender Natur seien. Dies sei auch der Fall mit Bezug auf die Äußerungen, die gegen den Reichskanzler gerichtet waren. Von einer Wahrnehmung berechtigter Interessen könne keine Rede sein. Als einzige Mißbräuchung in betreff des Angeklagten Plad sei angenommen worden, daß derselbe sich in fanatischer Welle in die von ihm aufgestellten Behauptungen hineingelassen habe. Bei der hohen Stellung der beleidigten Beamten müsse auch die Strafe eine empfindliche sein. — Der Angeklagte Schweinhagen wurde aus der Haft entlassen. Plad erklärte, sich bei dem Urtheil nicht beruhigen zu wollen.

n. **Posen, 17. März.** In der heutigen Sitzung des hiesigen Schöffengerichts wurde zunächst gegen die unverschämte Margarethe Kachlicka wegen Fundunterschlagung verhandelt. An einem Tage im November v. J. hatte die Angeklagte eine silberne Remontoiruhr im Werthe von 16 Mark gefunden und sie für 5 Mark versteckt. Die Angeklagte wird zu einer Woche Gefängnis verurtheilt. — Hierauf hatte sich der Arbeiter Joseph Polarkiewicz wegen Betheils und Widerstands gegen die Staatsgewalt zu verantworten. Polarkiewicz ist schon zehnmal wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt verurtheilt. Ferner hatte er bereits über ein Duzend Vorstrafen wegen Diebstahls erlitten und war außerdem wegen Körperverletzung und Sachbeschädigung bestraft. Am 21. Februar d. J. hatte der Angeklagte getödtet. Der Schuhmann Madalewski hatte dies gesehen und den Angeklagten für verhaftet erklärt. Anfangs ging Polarkiewicz ruhig mit, dann warf er sich aber zur Erde und schlug mit Händen und Füßen um sich. Dem Schuhmann mußten zwei Kollegen zu Hilfe kommen, worauf Polarkiewicz gefesselt und zur Polizei gebracht wurde. Der Angeklagte führte zu seiner Entschuldigung an, daß er betrunken gewesen sei. Der Staatsanwalt beantragte für das Betheils drei Wochen Haft und für den Widerstand sechs Monate Gefängnis. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob er darauf etwas zu sagen habe, fragte der Angeklagte, was er im Winter machen solle, wenn er den ganzen Sommer über sitzen müsse. Der Angeklagte wird zu der beantragten Strafe verurtheilt. — Am 18. Februar d. J. wurde bekanntlich der ermordete Fleischerergeselle Drozdowski beerdigt. Der Arbeiterburche Thomas Rubiaczyk, welcher sich im Tavergefolge befand, benutzte die Gelegenheit einer Dame ein Porte-

monnaie mit Geld, zwei Schlüssel, einen Kalender und Nähnadeln aus der Tasche zu nehmen. Er wird dafür zu einem Monat Gefängnis verurtheilt.

n. **Posen, 17. März.** In der heutigen Sitzung des hiesigen Strafkammer wurde gegen die Arbeiter Richard Manthe v. Peter Bissewski und Leo Blyski, sowie gegen den Abbeder Ludwig Grocholski aus Paderew wegen Diebstahls verhandelt. Manthe und Bissewski wurden zu je einem Jahre, Blyski zu drei Monaten und Grocholski zu einer Woche Gefängnis verurtheilt.

Sofales.

Posen, 19. März.

—n. **In der Knaben-Mittelschule** fand Freitag Vor- und Nachmittag unter Leitung des Herrn Direktors Schöps die öffentliche Prüfung statt, der besonders am Nachmittag ein zahlreiches Publikum beizuwohnte. Auch Vertreter der städtischen Behörden waren erschienen. Nach beendeter Prüfung folgte die Entlassung von 19 Schülern der ersten Klasse, die demnach die Anstalt vollständig durchlaufen haben. Herr Direktor Schöps hielt an die scheidenden Schüler eine längere Ansprache, worin er sie auf den Werth der in der Anstalt empfangenen Bildung hinwies und sie ermahnte, sich im Leben als tüchtige Menschen zu bewähren, vor Allem aber stets so zu handeln, wie es das Gewissen vorschreibe; auch erwähnte er noch, daß ein mit dem Abgangszeugniß entlassener Schüler vor einigen Tagen das Examen für den einjährig-freiwilligen Militärdienst bestanden hat. Der Herr Direktor überreichte darauf den Böglingen die Zeugnisse zugleich mit einem Andenken an die Stätte ihrer Ausbildung. Mit einem unter Leitung des Gesanglehrers Herrn Kowalski vom Sängerkorps vorgetragenen Abschiedsliede schloß der feierliche Akt. Auf die im Zeichenhalle ausgestellten im Laufe des Schuljahres angefertigten Zeichnungen werden wir demnach zurückkommen.

e. **Zum Schauturnen** der Turnabtheilungen aus den städtischen Schulen wurden früher wechselnd das eine Jahr Knaben und Mädchen und das nächste Jahr die Mädchen allein herangezogen, so daß die Mädchen-Abtheilungen in jedem Jahre, die Knaben-Abtheilungen dagegen jedes zweite Jahr Schauturnen hatten. Seit dem vorigen Jahre ist dieser Turnus dahin geändert, daß die Mädchen sowohl wie die Knaben nur alle zwei Jahre ein öffentliches Schauturnen abhalten. Nachdem im vorigen Jahre die Mädchen-Abtheilungen vorgeführt worden sind, war die Reihe in diesem Jahre an den Knaben. Am Sonnabend Nachmittag von 3 Uhr ab fand in der Turnhalle am Grünen Plage das Schauturnen der ersten Turnabtheilungen aus der Bürgerschule und Mittelschule statt. Die Abtheilung der Bürgerschule turnte unter der Leitung des Turnlehrers Herrn Witte. Mit frischem Marschgesange und von vornherein mit dem Eisenstabe ausgerüstet, erklärte die städtische Abtheilung im Turnsaal und nahm alsbald Aufstellung zu Freiübungen. Es wurde eine Reihe zusammengelegter, schwiezerer Übungen mit dem Eisenstabe ausgeführt, worin der ganzen Abtheilung gleichmäßig oder auch in Gruppen mit entgegengesetzter Bewegung; die wohl durchdachte Gruppierung der Turner, die exakte Ausführung der Übungen und die Stetigkeit der ganzen Vorführung machten den besten Eindruck. Dasselbe gilt von den Ordnungsübungen, die mit Gesang und in gefälligen Figuren ausgeführt wurden. Als Gerath war für die Abtheilung ein Barren gewählt, woran die Schüler mit Sicherheit recht Tüchtiges leisteten. Nach halbstündiger Übung verließ die Abtheilung mit Gesang den Saal. Nunmehr erschien unter der Leitung des Herrn Oertelchlers Klotz die obere Turn-Abtheilung der Mittelschule, eine Schaar von 24 kräftigen und stattlichen Jünglingen. Die Freiübungen der Abtheilung wurden mit zwei langen Holzstäben, in acht Gruppen zu je drei Turnern, ausgeführt und boten viel Interessantes dar. Mit Anmuthen beginnend, folgten Fußbewegungen und Armbewegungen gleichzeitig, wobei die Übungen gleichmäßig oder mit Gegenbewegungen der Gruppen zur Ausführung kamen. Mit großer Sicherheit und Eleganz führten die Turner den etwa 3 Meter langen, nicht ganz leichten Stab, auch bei schwierigen Stellungen. Den Freiübungen folgten schließlich Übungen am Pferd, wobei die Turner viel Gewandtheit zeigen konnten. Eine lange Reihe schwierigerer Übungen, wie Sprung mit Rehe in den Reckstüb, Größsprung, Sprung mit Ueberschlag und der Längsprung wurden sicher und gewandt vorgeführt. Das Schauturnen endigte mit schnell aufeinanderfolgenden Längsprungsübungen, die viel Stetigkeit bei den Zuschauern hervorriefen, welche trotz des schlechten Wetters noch ziemlich zahlreich erschienen waren.

s. **In der Königl. Baugewerkschule** in der Breslauerstraße waren Sonnabend von 8 Uhr Morgens bis 2 Uhr Nachmittags die während des Semesters von den Baugewerkschülern angefertigten Zeichnungen, und zwar die jeder Klasse in dem betreffenden Klassenzimmer, ausgestellt. Zur Besichtigung derselben waren auch die Lehrer an der gewerblichen Fortbildungsschule eingeladen und zahlreich erschienen. Die Zeichenlehrer übernahmen bei der Besichtigung die Führung und Erklärung.

s. **Eine Zeichenausstellung** hatte der Zeichenlehrer Herr Bührle Sonntag Mittag im Zeichenhalle des Friedrich-Wilhelms-Gymnasiums veranstaltet. Die Ausstellung, um 12 Uhr Mittags eröffnet, bot eine Fülle recht interessanter Leistungen der Anstalt. Neben perspektivischen Übungen und Zeichnungen nach Gypsmodellen nehmen besonders auch farbige Naturzeichnungen einen bedeutenden Raum ein und lieferten den Beweis, daß die Schüler die Farben mit vielem Verständniß anzuwenden gelernt haben. Die besseren Schüler hatten sich auch im Zeichnen nach natürlichen Gegenständen, Gefäßen, Früchten, Blumen, und Vögeln versucht und hierin recht Tüchtiges geleistet. Die Gesamtausstellung legte davon Zeugniß ab, daß an der Anstalt der Zeichenunterricht mit vieler Sachkenntniß und regem Eifer betrieben wird. Die Zeichenausstellung war auf Veranlassung der Sektion des Posener Lehrervereins zur Förderung des Zeichenunterrichts veranstaltet worden.

p. **Von der Warthe.** Durch die reißende Strömung hatte sich am Sonnabend an der Wallfischbrücke ein dort liegender Fichtenzweig losgerissen und war gegen die Große Schleufe getrieben, wo er sich in einem Joch so festklemmte, daß bis gestern Morgen alle Anstrengungen, ihn frei zu machen, vergeblich waren.

p. **Unfall.** Am Sonnabend Nachmittag stürzte auf dem Grundhüß Sandstraße Nr. 8 ein Dachdecker von dem Dach eines einstöckigen Gebäudes aus einer Höhe von 4 Metern herab und verletzte sich nicht unerheblich im Gesicht. Im städtischen Krankenhaus, wohin man ihn brachte, wurde ein Bruch des Nasenbeins konstatiert.

p. **Aufruhr.** Am 14. Dezember v. J. ist, wie damals erwähnt, eine goldene Brosche in Form eines Sternes mit Brillanten und einem Smaragd in der Mitte gefunden worden. Die Brosche hat einen Werth von 600 Mark. Die gewöhnliche Aufbewahrungsfrist war am 14. März abgelaufen, ist jedoch in Anbetracht des hohen Werthes des Fundstückes um weitere drei Monate verlängert worden. Der Eigentümer wird nochmals aufgefordert, sich auf der Polizei zu melden.

p. **Ein kleiner Aufbrand** entstand am Sonnabend in dem Hause, Bergstraße Nr. 1. Das Feuer erlosch jedoch bald wieder von selbst, jedoch die Feuerwehr nicht alarmirt zu werden brauchte.

p. **Fuhrunfälle.** Auf dem Wilhelmplatz fuhr am Sonnabend ein Fuhrwerk aus Stenschemo mit einer Droschke zusammen-

wobei an der letzteren drei Paternosterscheiben zertrümmert wurden. Die Polizei stellte die Personalien der beiden Räuber fest. — In der Bronnerstraße brach an einem Sandfuhrwerk die Hinterachse. Der Verleiher war nicht behindert.

p. Aus dem Polizeibericht. Verhaftet wurden am Sonnabend 11 Bettler, eine Witwe, eine Obdachlose, ein Fleischer wegen Aufhebung auf dem Alten Markt, ein Arbeiter, der seine Krone im Bett liegende Ehefrau fortgesetzt mißhandelte und tödtlich schlug, ein Malergeselle, der zwei Maurer auf dem Alten Markt mit einem Messer bedrohte, und ein Knecht, welcher wegen schweren Diebstahls fleißig verfolgt wurde. — Polizeiliche Hilfe wurde von den Einwohnern eines Hauses auf der Fischerrei verlangt, weil ein dort wohnender Schuster seine Frau und Kinder mißhandelte. — In Krämpfe fiel auf dem Petriplatz am Sonnabend ein Arbeiter. Derselbe erholte sich jedoch bald wieder und vermochte allein nach Hause zu gehen. — Nach seiner Wohnung wurde ein sinnlos betrunkenen Arbeiter geschafft, der auf der Fischerrei lag. — Gefunden zwei kleine Schere und ein Portemonnaie mit Inhalt.

p. Aus St. Petersburg, 18. März. Die Gemeindeverwaltung beschloß am Sonnabend, die Allee in der Glogauerstraße vom Reibstücken Grundstück an bis zum Ende des Ortes mit Granitplatten belegen zu lassen. Außerdem sollen die in den Baumreihen fehlenden Bäume durch Neuanpflanzungen ersetzt werden. Man bewilligte zu diesen beiden Zwecken eine Summe von 2400 Mark.

Telegraphische Nachrichten.

Berlin, 17. März. Auf Grund eingegangener telegraphischer Meldungen glebt das Ober-Kommando der Marine bekannt: S. M. S. „Alexandrine“, Kommandant Korvetten-Kapitän Schmidt, ist am 16. März in Buenos-Ayres angekommen. — S. M. S. „Sperker“, Kommandant Korvetten-Kapitän v. Arnoldt, ist am 15. März in Kapstadt angekommen und will am 1. Mai von da nach Kamerun in See gehen. — S. M. S. „Stein“, Kommandant Kapitän zur See v. Wietersheim und S. M. S. „Storch“, Kommandant Kapitän zur See Rittmeyer sind am 16. März in Plymouth angekommen und wollen am 22. bzw. 24. März die Heimreise nach Kiel fortsetzen.

Breslau, 17. März. Der Schneefall im Gebirge dauert jetzt 60 Stunden: der Schnee liegt durchweg einen Meter hoch. Die Bahnzüge Hirschberg-Schneeberg-Sprottau-Sagan sind im Schnee stecken geblieben, die Maschine des Personenzuges Diegnitz-Goldberg ist entgleist; verunglückt ist Niemand.

Allenstein, 17. März. Das königliche Eisenbahn-Betriebsamt macht bekannt: Wegen heute Nachmittag erfolgter Dammrutschung bei Kilometer 304,5 der Strecke Allenstein bis Wartenburg sind beide Hauptgleise dieser Strecke gesperrt. Güterzüge verkehren nicht. Der Personenverkehr wird durch Umsteigen der Reisenden an der Unfallstelle aufrechterhalten. Dauer der Betriebsstörung voraussichtlich bis zum 18. März 6 Uhr Abends.

Königsberg i. Pr., 17. März. Aus Anlaß der Annahme des deutsch-russischen Handelsvertrages durch den Reichstag haben das Rathhaus, die Börse und die im Hafen liegenden Schiffe geklagt.

Fanzig, 17. März. Das Rathhaus, das Bräugebäude und viele andere öffentliche und Privatgebäude haben anläßlich der Annahme des russischen Handelsvertrages durch den Reichstag Flaggenschmuck angelegt.

Hamburg, 17. März. Die Hamburg-Amerika-Linie hat mit dem „Vulkan“ den Bau eines Schwesterdampfers zu dem auf derselben Werft in Konstruktion befindlichen großen Doppelschraubendampfer abgeklärt. Die Hamburg-Südamerikanische Dampfschiffahrts-Gesellschaft beschloß den Bau zweier Dampfer, von denen der eine für die Süd-Brasil-Linie bestimmt ist.

München, 18. März. Das Professoren-Kollegium der Münchener Kunstakademie als Jury über die Entwürfe zu einem Columbus-Denkmal für Bremerhaven hat den 1. Preis dem hiesigen Kunstakademiker, Bildhauer Ludwig Habich aus Darmstadt zuerkannt, welchem auch die Ausführung des Entwurfs übertragen wird.

Dresden, 18. März. Die königliche Eisenbahn-Direktion macht bekannt: Von den vom 16. zum 17. d. Mts. durch Schnee verwehten diesseitigen Bahnlinien sind noch die Strecken Wittenmühl-Molbau und Seiffenhersdorf-Warnsdorf für den Gesamtverkehr bis auf Weiteres unfahrbar.

Karlsruhe, 17. März. Der Bronchialkatarrh des Großherzogs hat sich wesentlich gebessert, doch ist noch sorgfältige Schonung nöthig; die Vorfrage werden noch ausgelegt.

Wien, 17. März. Die „Neue freie Presse“ erzählt, das russische Kabinett habe sich mit den österreichisch-ungarischen Vorschlägen zur Regelung der Handelsbeziehungen nicht vollkommen einverstanden erklärt; es fordere aber die Ermäßigung des Kornzolles auf neun Gulden und andere Zugeständnisse, wodurch die Fortsetzung der Verhandlungen möglich gemacht werde. Die Erzielung eines Uebereinkommens bis zum 20. d. M. gilt dem Blatte für sehr unwahrscheinlich.

Wien, 17. März. Die „Neue freie Presse“ erzählt, das russische Kabinett habe sich mit den österreichisch-ungarischen Vorschlägen zur Regelung der Handelsbeziehungen nicht vollkommen einverstanden erklärt; es fordere aber die Ermäßigung des Kornzolles auf neun Gulden und andere Zugeständnisse, wodurch die Fortsetzung der Verhandlungen möglich gemacht werde. Die Erzielung eines Uebereinkommens bis zum 20. d. M. gilt dem Blatte für sehr unwahrscheinlich.

Prag, 17. März. [Prozeß gegen die Mörder Mrbas.] Der Staatsanwalt bezeichnete in seinem Plädoyer die Mordthat vom 23. Dezember v. J. als das traurige Resultat der Tendenzen der Omladina und erklärte, die Untersuchung habe jeden Verdacht widerlegt, daß Mrba ein Agent provocateur gewesen sei und in den Diensten der Polizei gestanden habe. Nach Mrbas Tod hätten sich Viele vorgefunden, in welchen derselbe beflagte, daß die Polizei von ihm nichts wissen wolle. Der Staatsanwalt hält die Anklage gegen sämtliche Angeklagten aufrecht.

Prag, 17. März. In Folge harter Schneestürme ist der Eisenbahnverkehr auf zahlreichen Linien der Süd-Norddeutschen Verbindungsbahn, der böhmischen Nordbahn, der österreichischen Nordwestbahn und der sächsischen Staatsbahnen eingestellt. Mehrere Eisenbahnzüge sind im Schnee stecken geblieben, auch verschiedene Landstraßen sind unpassierbar. In Reichenberg wurde der Verkehr durch die großen Schneemassen gestört. Die Stadt Rumburg ist vollständig isolirt. In den Forsten wurde vielfach ein bedeutender Schaden angerichtet. Wenn der Orkan andauert, befürchtet man noch weitere Verkehrsstörungen.

Wien, 17. März. Der Kaffeehausinhaber Wertheimer fand gestern in seinem Kaffeehaus eine Bombe, welche heute behördlich untersucht und zur Explosion gebracht worden ist. Die Bombe, welche Pulver und Dynamit enthielt, hätte große Verheerungen anrichten können.

Wien, 17. März. [Abgeordnetenhause] Im Laufe der Debatte über die Eherechtsvorlage entstand ein großer Tumult, hervorgerufen durch eine Polemik zwischen dem Liberalen Miklos und dem Rumänen Serban, welchem ersterer vorwarf, in Bukarest gegen die Integrität des ungarischen Staates agitiert zu haben; Serban erklärte Miklos Behauptungen für unbegründet. Als darauf Kolonji Serban gegen den liberalen Redner zu vertheidigen versuchte, entstand ein Tumult, welcher den Präsidenten zwang, die Sitzung zu suspendieren. — Nach Wiederaufnahme der Sitzung wurde unter lärmenden Kundgebungen der Opposition die Ablehnung des Antrags Justiz beschloffen, die Petitionen wegen Reparatur der Kaffeehäuser auf die Tagesordnung der Sitzung am Montag zu stellen. Der Ministerpräsident v. Bekerle sprach unter Hervorhebung der Möglichkeit einer Forderung und der dadurch bedingten Gefahr der Niederstimmung für die geschäftsmäßige Behandlung des Antrages, somit für die Verhandlung des Antrages an dem nächsten auf einen Sonnabend fallenden Sitzungstag. Da die Abgeordneten gleichzeitig beschloffen, am Dienstag die Osterferien anzutreten, so erscheint die Angelegenheit über diesen Ort verlagert.

Rom, 17. März. Der serbische Ministerpräsident Simitich wurde heute vom Papste in Audienz empfangen. Derselbe hatte auch Unterredungen mit dem Kardinal-Staatssekretär Rampolla und dem Kardinal Gallimberti.

Rom, 18. März. Die Finanzkommission verwarf die Erhöhung der Rentencouponsteuer sowie eine neue Einkommensteuer, billigte dagegen die Erhöhung der Grundsteuer um 1 Zehntel, die Erhöhung des Salzpreises um 1 Centesimo pro Rilo und setzte den Weizen Zoll auf 7 den Roggen Zoll auf 2 Lire fest.

Rom, 18. März. Der König wird zu Ehren der Mitglieder des medizinischen Kongresses ein Fest in den Gärten des Quirinal geben.

Abbazia, 17. März. Die Kaiserin Auguste Victoria machte heute Vormittag mit den älteren Prinzen einen Spaziergang auf der Reichsstraße nach Sta. hin. Nach der Rückkehr ließ die Kaiserin ihre Karte für die Fürstin Galizyn in der Villa Erminia zurück, während die Prinzen die Franz Josefs-Anlagen aufsuchten, woselbst auch die Kaiserin Nachmittags mit drei Prinzen und Gefolge längere Zeit promenirte. Die für die kaiserliche Familie zu Exkursionen gemietete englische Dampfschiff „Christabel“ ist nach einer stürmischen Fahrt von Malta kommend, heute Nachmittag vor Abbazia eingetroffen. Der Kapitän der Nacht wurde sofort zu der Kaiserin beschieden und erhielt dort die Mittheilung, daß Kaiser Wilhelm am 21. d. M. in Abbazia eintreffen werde.

Abbazia, 18. März. Die Kaiserin Auguste Victoria wohnte mit den kaiserlichen Prinzen und dem gesamten Hofstaate heute früh 9½ Uhr dem von dem Prediger S. M. Schultze gehaltenen Gottesdienste bei. Später unternahm die Kaiserin eine Promenade im Park. Das Wetter ist schön.

Abbazia, 18. März. Die Kaiserin Auguste Victoria machte heute Nachmittag mit der Prinzessin und den drei jüngeren Prinzen nebst kleinem Gefolge in zwei Wagen eine Spazierfahrt gegen Dobrona hin, während die drei älteren Prinzen mit ihrem Erzieher am südlichen Strandwege promenirten.

Paris, 17. März. Der französische Generalkonsul in Cairo, Marquis de Reversaux, protestirte gegen die beabsichtigte Konvertirung der ägyptischen unifizierten Schuld ohne vorherige Benachrichtigung der fremden Vertreter. Ministerpräsident Casimir Perier billigte telegraphisch das Vorgehen des Marquis de Reversaux.

Paris, 17. März. Die Deputirtenkammer beriet heute den Antrag Reinsch, ein Ministerium für die Kolonien zu errichten. Der Ministerpräsident Casimir Perier forderte zu diesem Zweck einen Kredit von 150 000 Francs. Der Antrag bekämpfte den Antrag und verlangte die Wiedererrichtung der Kolonialverwaltung mit dem Ministerium für Kolonien. Lebon unterstützte den Antrag Reinsch, welcher schließlich ohne namentliche Abstimmung angenommen wurde. Darauf wurde der Kredit von 150 000 Francs mit 369 gegen 103 Stimmen bewilligt. — Im weiteren Verlauf der Sitzung legte der Ministerpräsident Casimir Perier das Budget für 1895 vor. Sodann wurde die Münz-Konvention bezüglich der Zurückziehung der italienischen Scheidemünzen, nachdem die Dringlichkeit erklärt war, angenommen. Der Senat hält heute eine Abend Sitzung ab, um über die Münz-Konvention abzustimmen. — Die Deputirtenkammer hat sich bis zum 24. April vertagt.

Paris, 18. März. Nach hier vorliegenden Meldungen aus Montevideo ist die Frage der Präsidentenwahl noch immer nicht gelöst. — Aus Rio de Janeiro wird gemeldet, daß die Aufständischen ihre Stellung an der Grenze von Sao Paulo verstärken. In Pernambuco sind die legislativen Wahlen zu Gunsten der Autonomisten ausgefallen, deren Führer noch immer gefangen gehalten werden. — Peizotos Geschwader liegt noch in der Bai von Rio.

Paris, 18. März. Der Senat beriet in seiner gestrigen Abend Sitzung die Münz-Konvention und erklärte die Dringlichkeit der Beratung. Boulanger, welcher den Bericht erstattete, empfahl die Annahme der Konvention, welche ohne Debatte angenommen wurde. Die Beratung über die Forderung beider Errichtung eines Ministeriums für die Kolonien wurde alsdann, obwohl der Ministerpräsident Casimir Perier die Erzielung des Antrages befürwortete, vertagt. Der Senat vertagte sich hierauf selbst bis zum 24. April. — Nach Schluß der Sitzung begaben sich die Präsidenten der republikanischen Gruppen zu Casimir Perier und hoben hervor, die Haltung des Senats bezüglich der Forderung für ein Ministerium der Kolonien richte sich nicht gegen die Regierung. Der Ministerpräsident dankte, fügte jedoch hinzu, daß er die Geschäfte nur weiter fortführen könne, wenn der Senat ihm ein Vertrauensvotum ertheile. Demgemäß ersuchte er unverzüglich den Präsidenten Challemeil-Lacour für Montag eine Sitzung des Senats anzuberaumen.

Paris, 18. April. Infolge der Aufforderung der Regierung ist der Senat für morgen Mittag um 2 Uhr zu einer Sitzung zusammenberufen. Die Senatoren wurden von der Einberufung, welche morgen im „Journal officiel“ veröffentlicht werden wird, telegraphisch in Kenntniß gesetzt. — Heute Vormittag wurden hier 4 Anarchisten verhaftet; gutem Vernehmen nach soll auch ein gewisser Ortz verhaftet sein, welcher in dem Verdict steht, Mitschuldiger an der Explosion in der Rue des bons Enfants zu sein. — Im Laufe des Nachmittags fanden zur Feier des Jahrestages des Kommuneaufstandes einige Versammlungen statt, die jedoch ohne Zwischenfall verliefen. Auf dem Kirchhofe Père Lachaise, wo sich zahlreiche Besucher eingefunden hatten, war es bis Abends 5½ Uhr zu keinem Zwischenfall gekommen. — Die Minister traten um 5 Uhr zu einer Sitzung zusammen, um den Wortlaut der Erklärung festzustellen, welcher morgen im Senate bezüglich der Bildung eines Ministeriums der Kolonien abgegeben werden soll.

Brüssel, 18. März. Der „Patriote“ will wissen, das gesammte Kabinett werde morgen dem König seine Demission

überreichen. Der Ministerpräsident Deernaert und der Justizminister Dejeune würden zurücktreten, der Minister des Innern de Burlet würde mit der Neubildung des Kabinetts beauftragt werden.

London, 17. März. Dem „Reuterschen Bureau“ wird aus Bangkok gemeldet, daß der der Ermordung des französischen Inspektors Grosyurin angeklagte Mandarin Prayot von der gesammten Anklage freigesprochen wurde. — Aus Shanghai erfährt dasselbe Bureau, daß dort der erste Petroleum-Cisternen-Dampfer angekommen ist, die Zollbehörden jedoch die Landung des Kerosinöls im Ganzen verweigerten. Mehrere auswärtige Konsula sollen angewiesen worden sein, die für den 20. März festgesetzte Landung zu unterstützen.

Amsterdam, 17. März. Die zweite Kammer wurde heute durch ein königliches Dekret aufgelöst. Das Kabinett verbleibt mit Ausnahme des Ministers van Tienhoven im Amte.

Kopenhagen, 17. März. Der Vizepräsident des Landsthing Steffen hat heute im Namen von 11 Mitgliedern der Rechten im Landsthing einen Entwurf zu einer Heeresvorlage eingebracht, nach welchem die Stärke der Infanterie beschränkt, die Festungs-Artillerie und das Geniekorps dagegen vermehrt wird. Um die Zustimmung der Linken zu der Vermehrung der Festungsartillerie zu erlangen, sind die Beschränkungen so groß, daß der Entwurf für das Ordinarium der Heeresverwaltung eine Ersparnis von 250 000 Kronen erzielt. Die Dienstzeit für die Wehrpflichtigen ist insgesammt um 400 000 Tage vermindert. Steffen beantragte für seinen Entwurf die Dringlichkeit und sprach die Hoffnung aus, daß die Lösung des politischen Konflikts baldmöglichst gelingen möge.

Bukarest, 17. März. [Deputirtenkammer.] Der Handelsvertrag mit Oesterreich-Ungarn wurde endgiltig mit 83 gegen 20 Stimmen angenommen. Auf eine Interpellation des liberalen Deputirten Ilea, der für nächsten Sonntag eine neue Versammlung und Manifestation ankündigte, erwiderte der Ministerpräsident Catargi, die Liberalen könnten in gedeckten Räumen sich ungehindert versammeln, eine Manifestation auf der Straße aber sei unbedingt verboten. Die Behörden würden die nöthigen Maßregeln ergreifen. Die Minister Carp und Lahovari äußerten sich in gleichem Sinne.

Bukarest, 18. März. Da jede Kundgebung polizeilich unterjagt war und Vorsichtsmaßnahmen getroffen waren, ging die heute hier stattgehabte Versammlung der Liberalen ruhig aus einander. Die Ruhe wurde nirgends gestört.

Wetterberichte.

Bromberg, 17. März. (Amtlicher Bericht der Handelskammer.) Weizen 125—130 M., geringe Qualität 122—124 M. — Roggen 115—108 M., geringe Qualität 101—104 M. — Gerste nach Qualität 115—130 M., — Braugerste 131—140 M. — Erbsen, Futter nominal 132—145 M., Kocherbsen nominal 150—165 M. — Hafer 130—140 M.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im März 1894.

Datum	Barometer auf 0 Gr. red. in mm; 66 m Seeshöhe	Wind	Wetter	Temp. i. Cel. Grad.
17. März. 2	746,8	N stark	bedeckt	+ 1,7
17. März. 9	751,2	N frisch	bedeckt	+ 1,2
18. März. 7	755,7	N frisch	bedeckt	+ 1,1
18. März. 2	757,6	N stark	bedeckt	+ 2,9
18. März. 9	760,0	NNO stark	bedeckt	+ 1,5
18. März. 7	761,9	NNW frisch	bedeckt	- 1,0

1) Den Tag über Schnee. 2) Nachts schwacher Regen und Schnee. 3) Am Tage mit Unterbrechung schwacher Regen.

Niederschlagshöhe in mm am 18. März Morgens 7 Uhr: 7,0

Am 17. März Wärme-Maximum + 2,0° Cel.

Am 17. „ Wärme-Minimum + 0,6° „

Am 18. „ Wärme-Maximum + 3,0° „

Am 18. „ Wärme-Minimum + 0,7° „

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 17. März Mittags 2,92 Meter.

„ „ 18. „ Morgens 2,94 „

„ „ 19. „ Morgens 2,90 „

Fonds- und Produkten-Börsenberichte.

Fonds-Berichte.

* **Berlin, 17. März.** [Zur Börse.] Regelmäßig zeigte es sich in den letzten Tagen, daß bei Beginn der Börse von der Baissepartei stark verkauft wurde und daß dadurch fürs Erste wohl ein leichter Kursrückgang hervorgerufen wurde, über den aber später der Impuls der Spekulation und die kräftig steigende Bewegung, die jetzt den Kursen innezuwohnen scheint, rasch hinwegleiteten. So war es auch heute, wenigstens auf dem Montanmarkt, wo nicht mehr bloß Aktien, sondern fast noch mehr einzelne Kohlenwerthe eine vogue waren. Wir nennen Siberia-Aktien, die die Börse wie gestern auf die Ausführungen des Jahresberichts kaufte; ferner Harpener, Gelsenkirchener, Konsolidation und namentlich noch Dammensbaum-Aktien, die ein Theil der Spekulation als zurückgekauft erachtete und rasch um 2 Proz. steigerte. Eisenwerthe waren heute zunächst schwächer, da gerade hier die starke gestrige Steigerung Waare an den Markt brachte. Später zogen aber auch alle diese Werthe beträchtlich an, besonders Bochumer und Laurahütte, sowie Dortmunder Aktien; von Rassenwerthen Caro-Hegenscheidt und Donnersmarthütte. Auch Bankaktien wurden nachbörslich in das Bereich der Haufe gezogen, wie überhaupt die Nachbörsenkurse durchweg haussirend waren. Wie verlautet, war dies auf die beabsichtigten Erklärungen der Direktion der Handels-Gesellschaft in heutiger Generalversammlung zurückzuführen — wahrscheinlich also bezüglich der Auslassungen über die Lage des Bankgeschäfts. Es liegen neben Dankschreiben besonders Handels-Gesellschaft-Anteile, auch Dresdner, Deutsche Bank, Kreditaktien u. v. Von deutschen Bahnen steigerten sich Dispenen und Warlbener beträchtlich, andere weniger. Oesterreichische, schweizerische und russische Bahnen waren still, italienische fest. Von fremden Fonds gewannen Italiener und Türkenloose; andere durchweg still und behauptet. (M. B.)

Breslau, 17. März. (Schluß.) Schwanfend. Neue Proz. Reichsanleihe 87,50 3/4, Proz. L.-B.-B.-B. 99,50, Reichs-Renten 24,90, L.-B.-B. 103,00, 4 Proz. u. Goldrente 96,50, Bresl. Diskontobank 100,00, Breslauer Wechselbank 100,00, Kreditaktien 226,15, Schles. Bankverein 115,00, Donnersmarthütte 107,75, Fölscher Maschinenbau —, Rattowitzer Aktien-Gesellschaft

